

BÜCHER

EMPIRISCHE POLITIK – EIN KONSERVATIV-RADIKALES PROGRAMM

Rezension von Robert Schediwy,
„Empirische Politik, Chancen und
Grenzen einer demokratischen
Gesellschaft“, Europa-Verlag, Wien,
1980.

Robert Schediwys „Empirische Politik“ verfolgt ein ehrgeiziges Ziel: ausgehend von dem skeptisch-realistischen Demokratieverständnis des Schumpeter'schen Konkurrenzmodells soll eine Brücke zur schließlichen „Versöhnung von Interessenprinzip und normativem Idealismus“ geschlagen werden, die letztendlich eine fortschreitende Läuterung des „homo oeconomicus“ zu einem „homo ethicus“ in das Blickfeld einer besseren Zukunft rücken läßt. Um diesen „Punkt Omega“ kreisen, wie er sagt, die Gedanken seines Buches (S. 53). Die Chiffre ist übrigens von Teilhard de Chardin entlehnt, der damit – wie ich meiner Enzyklopädie entnehme – eine Art Endzustand der in Gott aufgehenden menschlichen Vernunft bezeichnete. Ein solcher Höhenflug ist Schediwy sicher fern gelegen, aber auch wenn wir im Diesseits bleiben, erscheint es mir mehr als fraglich, ob sein „realistischer“ Ansatz den Humanisierungsoptimismus seiner Schlußfolgerungen zu rechtfertigen imstande ist. Da ich selbst der skeptischen Überzeugung bin, daß unser aller Alphabet lange vor Omega zu Ende ist, möchte ich diesen Punkt dahingestellt sein lassen. Das Buch bietet auch so eine Fülle von anregenden Gedanken,

die sich auf einen großen Fundus von ideengeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Kenntnissen stützen und ein beträchtliches Geschick im Umgang mit den relevanten Theorien verraten.

Zunächst, was versteht Schediwy unter „empirischer Politik“? In seinen eigenen Worten handelt es sich um eine „Politik, die zwar von relativ kleinen, spezialisierten Führungsschichten gemacht wird, die sich aber dabei an den vorfindlichen und geäußerten Interessen der Bevölkerung zu *orientieren hat* (Unterstreichung d. V.): Politik, der aufgrund einer Vielzahl von Tatsachen ein tastender, distanzierter und experimenteller Zug innewohnt. Sie ist also jene Politik, die sich aus dem Selbsterhaltungsinteresse *einsichtiger* politischer Eliten (heraus) am Machbaren und dem Volk Genehmen orientiert“ (S. 78). Schon an dieser Definition läßt sich die Problematik aufzeigen, die mit Schediwys Vorhaben verbunden ist. Einerseits gründet sie sich ohne Vorbehalt auf das pessimistische Menschenbild der Elite-Theorien, die das Grundmotiv allen politischen Handelns auf das Eigeninteresse einer zwar ersetzbaren, aber immer neu sich bildenden „politischen Klasse“ zurückführen. Andererseits aber wird doch ein kategorischer Imperativ postuliert. Die richtig handelnden Eliten *haben* sich an den Interessen der Bevölkerung zu orientieren, sie *haben* einsichtig zu sein. So wird das normative Element, das in dieser Theorie eigentlich nichts zu suchen hat, durch die Hintertüre eingelassen. Den logischen Nexus bildet offenbar das Selbsterhaltungsinteresse der Eliten, das ja tatsächlich unter der Voraussetzung demokratischer Spielregeln an ein gewisses Maß von Identifikation mit dem, was man gemeinhin Gemeinwohl nennt, gebunden ist. Die Frage ist nur, wie die

akzeptierten Vorstellungen von Gemeinwohl zustande kommen und wie weit sie mit den Eigeninteressen der Eliten – an Macht und Geld – kompatibel sind.

Eben diese Frage versucht Schediwy zu beantworten. Sein historisches Subjekt ist – mit allerdings nicht unbedeutenden Einschränkungen – der *homo oeconomicus* in der geistigen Linie von Hume, Hobbes und Locke, die von den älteren Elite-Theoretikern (Mosca, Pareto, Schumpeter) bis zu den neueren Vertretern der „ökonomischen Theorie der Politik“ (Buchanan, Downs etc.) reicht. Indes, so hoch er den „aufklärerischen“, „entlarvenden“ Realitätsgehalt dieser Theorien einschätzt, so läßt er doch den blanken Zynismus nicht gelten, der besonders in ihren späteren Ausformungen zum Ausdruck kommt. Zwar hält er, wie diese, das materielle Interesse für die Haupttriebkraft des menschlichen Handelns – ethisch-normative Vorstellungen sind nur für Minderheiten entscheidende Motivation –, aber er läßt dieser Aussage einen ganzen Katalog von Differenzierungen und Vorbehalten folgen. Ganz richtig weist er darauf hin, daß alle Interessen, auch die materiellen, in ihrer Art und in der Form ihrer Durchsetzung durch das sozio-kulturelle Milieu bestimmt sind, in das sie eingebettet sind. Daraus läßt sich ein erweiterter Interessenbegriff ableiten, der dem Prinzip der Identifikation des reinen Egos mit näheren und fernerer Kollektivegos (Familie, Funktionsgemeinschaften aller Art, Institutionen, Klasse, Nation usw.) Rechnung trägt. Das weitere folgt dann, analog dem bekannten Schema von der abnehmenden Intensität der dringlicheren Bedürfnisse mit dem Grad ihrer Sättigung (Maslow und all that). Während die „ferneren“ Interessen in dem Maß zurücktreten als „nähere“ bedroht sind (einfacher ausgedrückt, das Hemd ist stets näher als der Rock), so besteht doch – so zumindest verstehe ich den für mich nicht völlig klaren Gedankengang Schedi-

wys in diesem Punkt – ein Konnex zwischen „eigenen“ Interessen und „Gemeinwohl“, sofern dieses nicht als ein normativ abgeleiteter Zustand, sondern als die „befriedigende Koordination der Einzelinteressen“ verstanden wird (S. 49). Da dies für den Normalbürger ebenso wie für die Mitglieder der „Eliten“ gilt, liegt die Chance „empirischer“ Politik in der Mobilisierung solcher „Interessenkonstellationen, die die Partikularinteressen der Führungsschicht“ zurückzudrängen imstande sind. Wie diese glückliche Konstellation aussehen könnte, wird leider nicht ausgeführt.

All das würde aber noch nichts darüber besagen, wieviel „Einsicht“ – bei der Masse oder bei den Eliten – in ihre eigenen Interessen besteht. Nun ist Schediwy allen Vorstellungen abhold, die am Marx'schen (oder Hegel'schen) Paradigma vom „wahren“ und „falschen“ Bewußtsein festgemacht sind. Es gibt also für ihn auch keine „wahren“ Interessen im Sinne einer solchen, auf Substanzeinsicht gerichteten Gesellschaftsphilosophie. Dennoch muß er die Möglichkeit der Einsicht irgendwie begründen, sonst könnte er nicht auf „einsichtige“ Eliten bauen. Seinen diesbezüglichen Optimismus (unbeschadet seines allgemeinen Pessimismus), der auf die Möglichkeit einer „vernünftigen“ Konsensfindung auf demokratischer Basis verweist, bezieht er geradewegs aus der älteren liberalen Tradition. Diese hielt ja stets – bei allen Zweifeln – doch an der fundamentalen Fähigkeit der Vielzahl der Menschen fest, ihre eigenen, durchaus bewußten Interessen im Rahmen ihrer Bindung an die Gesamtheit zu erkennen.

So weit der Hintergrund von Schediwy's konkreten Vorschlägen zur Demokratiereform, die er sehr bewußt als Gegensatz zu den heute dominanten, radikal-demokratischen, auf Partizipation gerichteten Bestrebungen auffaßt. Ohne diesen Bestrebungen ihre Berechtigung abzusprechen, bekennet er sich zu einem System der

Entscheidungsfindung, das von „oben“ nach „unten“ verläuft, wobei „die da oben“ auf die Wünsche „der da unten“ „programmiert“ werden müssen. Es ist, wenn man will, ein radikal-konservatives Manifest, das nur ein *second best* anstrebt, gestützt auf die Vermutung, daß die Ideale emanzipatorischer Radikalität ohnehin zum Scheitern verurteilt sind. So beschränkt sich sein Programm auch im wesentlichen auf das politische System, während alle vom Partizipationsprinzip ausgehende Theoriebildung eben in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Sub-Systeme, vor allem des wirtschaftlichen, eine *conditio sine qua non* der Verwirklichung der demokratischen Ur-Idee sieht. Trotzdem kann man nicht sagen, daß das partizipatorische Element bei Schediwy völlig fehlt, es findet einen gewissen Platz in dem, was er „soziale Experimente“ nennt, allerdings nur als Hilfsmittel zur Erkundung alternativer Lösungen für bestimmte Problembereiche wie z. B. Wohnformen – bis hin zu Kommunen –, kulturelle Einrichtungen – bis hin zu Arenas –, Schulen – bis hin zu Kinderläden –, Verkehrsfragen usw. – kurzum für alle jene der Lebenswelt entspringenden Bedürfnisse und Ideen, die schon seit längerer Zeit den Gegenstand von Bürgerinitiativen und Selbstbetätigung einzelner Gruppen bilden. Die Möglichkeit des Experimentierens mit der Mitbestimmung im Betrieb wird zwar auch angedeutet (S. 247), nimmt aber keinen vorrangigen Platz ein. Partizipation findet also gewissermaßen im Glashaus statt, sie steht im Dienst der „wissenschaftlichen Erkundung“ dessen, was dem Volk „genehm“ ist und was auch funktioniert.

Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang weist Schediwy der Befragungstechnik zu – vermutlich der Punkt, der den größten Widerspruch herausfordern wird. Zwar leugnet er nicht den hohen Grad manipulativer Möglichkeiten, die das Instrument der

Demoskopie sowohl Parteipolitikern wie Medien eröffnet, nichtsdestoweniger sieht er darin, sofern der Zugang zu demoskopischen Untersuchungen nicht monopolisiert wird, doch ein positives Demokratisierungspotential. Hier hilft ihm sein oft bekräftigtes Vertrauen in die Rationalität des *common man* und seines *common sense*. Insbesondere verweist Schediwy auf den strategischen Gebrauch der Meinungsumfrage durch die normalerweise „liberalen“ und „aufgeklärteren“ Führungsspitzen zur Durchsetzung fortschrittlicher Reformen gegen die eigenen Funktionärskader, die ja – das ist kaum bestreitbar – in allen Parteien das konservativste Element bilden. Aber auch wenn das in einigen Fällen zutrifft – Beispiele gibt Schediwy in den Fußnoten, etwa hinsichtlich der Abtreibungsdiskussion in Frankreich und Italien – ließen sich sicher ebenso zahlreiche Gegenbeispiele anführen. Der grundsätzliche Einwand der Abhängigkeit demoskopischer Ergebnisse von unmittelbaren Zeitereignissen und von den Techniken der Befragung läßt sich dadurch sicher nicht aus dem Weg räumen. Die Demagogie liegt hier doch zu nahe an der prätextierten Demokratie, um das Mißtrauen selbst gemäßigter Systemverbesserer (wie ich es zum Beispiel bin) zu überwinden.

Drittens und letztens, wenn auch nicht an letzter Stelle, figuriert in Schediwys Programm die Volksabstimmung, zweifellos eine aktivere und dem direkt-demokratischen Prinzip näher liegende Art, das Volk zu befragen, als die passive und unverantwortliche Meinungsäußerung in einem privaten Interview. Auch hier gibt es viele Wenn und Aber, Einschränkungen und Vorbehalte, und letztlich doch ein Trotzdem. Man kann Schediwy nicht vorwerfen, daß er die Argumente gegen sich selbst unterschlägt. Das Kapitel bietet einen außerordentlich informativen Überblick über die Ergebnisse bisheriger Volksabstimmungen, sowohl in ihren tradi-

tionellen Zentren, Schweiz und einigen Staaten der USA, wie auch in den Ländern, wo sie erst in den letzten Jahren sporadisch angewendet wurden – England, Skandinavien, Kanada u. a. Das Fazit ist nicht überraschend, nämlich, daß Volksabstimmungen überwiegend die Grundwerte einer saturierten Mittelschicht zur Geltung bringen, so daß es im allgemeinen „konservative, beharrende Kräfte (sind), die mit den Ergebnissen der direkten Demokratie am meisten zufrieden sein können.“ (S. 143)

Das ist aber für Schediwy kein Grund, dieses demokratische Instrument schlechthin zu verwerfen. Er betrachtet im Gegenteil den verstärkten Rückgriff auf das Referendum, der in den siebziger Jahren zu beobachten ist, als eine „zweite Welle der bürgerlichen Revolution“. Das Referendum, sparsam, aber doch regelmäßig angewendet, erscheint ihm am besten geeignet, die Legitimationskrise der zeitgenössischen Konkurrenzdemokratie zu überwinden. Eine verstärkte Bindung der Regierenden an das Volk, die Außerfragestellung des auf diese Weise erzielten Konsens sind von seinem Standpunkt ausreichende Gründe für den verstärkten Einsatz des Instruments – unabhängig von den bestätigten oder verworfenen Inhalten. Das folgt logisch aus seiner Grundauffassung, die das Wesen der Demokratie in ihren Verfahrensformen und nicht in der Verwirklichung vorausbestimmter Ziele sieht.

Das ist natürlich das Dilemma, das in der Natur der demokratischen Entscheidungsfindung liegt. Demokratie heißt allemal, das Risiko der Niederlage des eigenen Standpunktes auf sich zu nehmen. Hier unterscheidet sich Schediwy von linkeren Demokraten mehr durch die betonte Risikofreude als durch das Prinzip. Insgesamt scheint mir allerdings sein Versuch, eine Verbindung zwischen der „realistischen“ Theorie der Demokratie herzustellen und einer letztlich doch opti-

mistisch-zielgerichteten Programmatik herzustellen, nicht recht geglückt zu sein. Wohl würde ich ihm – entgegen der im linksintellektuellen Milieu heute so gerne betriebenen Schwarzmalerei und Unglückspflege – zustimmen, daß auch die bisherige „reale“ Demokratie (in Analogie zum „realen Sozialismus“) der großen Masse der Menschen vermehrte Freiheitsräume und Entfaltungschancen gebracht hat. Und daß dieser Prozeß durch ein Mehr an direkt-demokratischen Verfahrensweisen vorangetrieben werden könnte.

Nur sehe ich nicht, was die Elite-Theorie dazu analytisch oder gar programmatisch beitragen kann. Selbst wenn man dieser Theorie so weit folgt, daß in allen komplexen Organisationen zwangsläufig Führungsschichten auftreten, die mehr Macht besitzen als die anderen und auch ein gesundes Eigeninteresse an der Beibehaltung dieser Macht entwickeln, so besitzt sie darüber hinaus nur geringe Erklärungskraft für das politische Geschehen. Sie besagt nichts über die Grundlagen der Macht in den sozio-ökonomischen Strukturen und daher nichts über die Triebkräfte des sozialen Wandels. Auch gibt es ja in der gesellschaftlichen Wirklichkeit keine klare Abgrenzung zwischen „Eliten“ und „Nicht-Eliten“, die differenzierten Strukturen der Machtverteilung in komplexen Gesellschaften lassen sich nicht in ein so einfaches Schema pressen. So führt dieser Theorieansatz leicht zu einem verkürzten Demokratiebegriff, der in der bloßen „Erkundung“ eines wie immer zustandegekommenen Mehrheitswillens durch eine frei im Raum schwebende, aus jeder Eigenverantwortung entlassenen Führungsschicht gipfelt. Für ein Programm der Demokratiereform mit, oder auch ohne Blick auf „Omega“, erscheint mir dieser Ansatz nach wie vor zu wenig herzugeben.

Maria Szecsi